

Der neue Kurs der Regierung und die Aufgaben der Justiz

Von MAX FECHNER, Minister der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik

I

Mit dem Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 9. Juni 1953 und den Beschlüssen des Ministerrats vom 11. Juni 1953 hat eine neue Etappe in der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik begonnen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben einen neuen Kurs eingeschlagen, der auf der kritischen Auswertung der in den letzten Jahren beim wirtschaftlichen und politischen Aufbau gewonnenen Erfahrungen beruht.

Der neue Kurs bedeutet eine verstärkte Hinwendung zum Kampf um die Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes. Er wird einerseits gekennzeichnet durch die Korrektur einer Reihe von Fehlern, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Gesetzen fanden, die die Interessen einzelner Bevölkerungsteile unserer Republik vernachlässigten und dem Streben nach der Einheit Deutschlands nicht dienlich waren. Er wird andererseits gekennzeichnet durch die Anordnung konkreter Maßnahmen, die eine schnelle Hebung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten in der Deutschen Demokratischen Republik einleiten.

Die Analyse der Erfahrungen beim wirtschaftlichen und politischen Aufbau unserer Republik hat gezeigt, daß bis zum Jahre 1952 der Aufbau unserer Wirtschaft und des Staates auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Maßnahmen, die nach 1945 durchgeführt wurden, in stetig aufsteigender Linie verlief. Die geplante, krisenfeste Entwicklung unserer Volkswirtschaft, die zwölf malige Senkung der HO-Preise, die Verbesserung des Warenumsatzes, das für ganz Deutschland beispielgebende, umfassende Gesetzgebungswerk für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft, die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne usw. — das waren Merkmale einer aufsteigenden wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.

Diese aufsteigende Entwicklung wurde Mitte 1952 dadurch gehemmt, daß die Regierung es im Hinblick auf die internationale Lage für erforderlich hielt, die Entwicklung der Schwerindustrie zu beschleunigen, was zu einer Vorverlegung der Planaufgaben des Jahres 1955 in die Jahre 1952 und 1953 sowie zur Durchführung von Aufgaben, die im Fünfjahrplan überhaupt nicht vorgesehen waren, führte. Als Folge hiervon mußte die Produktion der Massenbedarfsgüter Zurückbleiben und der Lebensstandard der Bevölkerung konnte nicht weiter gehoben werden.

Dazu kam, daß im Zusammenhang mit der Schaffung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Interessen der übrigen Klein- und Mittelbauern grob vernachlässigt wurden. Ferner wurden durch die Methoden der Eintreibung der Steuerrückstände besonders die Interessen der Handwerker und der kleinen und mittleren privaten Industrie gefährdet. Infolge unzureichender Belieferung mit Rohstoffen, Sperrung langfristiger Kredite usw. konnten die Privatindustrie und die Handwerksbetriebe nicht zur vollen Entfaltung ihrer privaten Initiative gelangen.

Unter Berücksichtigung der heutigen Gesamtlage entsprach die politische Linie nicht dem gesamtdeutschen Kampf um Einheit und Frieden, ebenso wie die internationale Lage der Republik nicht das eingeschlagene schnelle Tempo der Entwicklung der Schwerindustrie erforderte.

Mit ihren Beschlüssen vom 9. Juni und vom 11. Juni 1953 haben das Politbüro des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Übereinstimmung mit allen Blockparteien und die Regierung der Republik vor der ganzen Bevölkerung offen und selbstkritisch die Fehler der Politik seit dem Sommer 1952 klar aufgezeigt und konkrete Maßnahmen eingeleitet, durch die die bisherige politische Linie korrigiert worden ist.

Der neue Kurs der Regierung zeugt davon, daß wir in unserer Republik eine wirklich demokratische Regierung haben, deren Politik allein von dem Ziel bestimmt wird, den Interessen der werktätigen Menschen zu dienen, die stark, mutig und ehrlich ist, unumwunden ihre Fehler vor dem ganzen Volke einzugestehen, und die entschlossen ist, die Folgen dieser Fehler für einzelne Bevölkerungsteile unserer Republik mit aller Konsequenz zu beseitigen.

Dabei ist besonders hervorzuheben, daß sich die Regierung bei der Verkündung dieser weitreichenden Maßnahmen von dem Entschluß leiten ließ,

1. den Lebensstandard der Bevölkerung unserer Republik so schnell wie möglich zu heben und
2. Maßnahmen durchzuführen, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hat den in den eingeleiteten Maßnahmen offensichtlich gewordenen neuen Kurs der Regierung begrüßt. Auch in der internationalen Politik werden sie als wesentlicher Beitrag zur weiteren Entspannung der internationalen Lage und zur Herbeiführung einer Verständigung über die deutsche Frage gewertet.

In den großen Zusammenhang der Weltpolitik eingeordnet, werden die Beschlüsse der Regierung